

Antrag Nr. 10-F-06-0024

Linke Liste

Betreff:

Finanzkrise der Kommunen - Kommunale Handlungsfähigkeit sichern!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 28.04.2010 -

Antragstext:

Vorbemerkung:

Der Deutsche Städtetag warnt vor den Folgen der steigenden kommunalen Verschuldung. Dieses Problem berge eine gewaltige Sprengkraft, sagte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU).

Die vom Hessischen Landtag geplante Absenkung der Leistungen an die Kommunen im Kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. Euro würde erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Dienstleistungen bedeuten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt Gespräche mit der hessischen Landesregierung aufzunehmen um sicherzustellen,

dass der Landtag sich weiterhin zur kommunalen Selbstverwaltung und der Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bekennt und deshalb eine ausreichende, solide kommunale Finanzausstattung sicherstellt.

Die Landesregierung soll die im Finanzplan vorgesehene Absenkung der Leistungen an die Kommunen im kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. Euro zurücknehmen.

Der Anteil des Landes Hessen an der Gewerbesteuerumlage soll als allgemeine Finanzausweisungen vollständig den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Die Landesregierung soll Vorschläge zu einer dauerhaften Verbesserung der Einnahmesituation, einem Entschuldungsfonds und einem Zinsmoratorium für die Kommunen unterbreiten.

Wiesbaden, 28.04.2010

gez. Hartmut Bohrer
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsgeschäftsstelle